

Pressemitteilung vom 15. August 2019

Woidke kritisiert Justiz

Unzulässiger Eingriff in die Unabhängigkeit der Justiz

Das Brandenburgische Oberlandesgericht hatte vergangene Woche eine Entscheidung gefällt, nach der ein wegen Drogenhandels in Untersuchungshaft befindlicher Angeklagter wegen Unverhältnismäßigkeit der Fortsetzung der Untersuchungshaft entlassen werden musste. Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dr. Dietmar Woidke, erklärte gestern gegenüber der Presse, ihn habe „die Entlassung fassungslos“ gemacht. Es sei nach der Strafprozessordnung rechtlich möglich gewesen, die Untersuchungshaft fortzusetzen. Er fordere vom Oberlandesgericht, aber auch von Justizminister Stefan Ludwig eine vollständige Aufklärung.

Die Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Landesverband Brandenburg, Claudia Cerreto, äußert sich hierzu:

Der Ministerpräsident hat mit seiner Äußerung seine Grenzen überschritten. Es steht weder einem Ministerpräsidenten noch der Landesregierung zu, gerichtliche Entscheidungen zu kommentieren. Die Richterinnen und Richter sind in ihren Entscheidungen unabhängig. Eine Einmischung der Verwaltung oder der Politik stellt einen Eingriff in die verfassungsrechtlich gewährleistete Unabhängigkeit der Justiz dar. Vor diesem Hintergrund ist es auch ein Unding, dass der Ministerpräsident nicht nur von unserem Justizminister, sondern auch vom Oberlandesgericht eine „vollständige Aufklärung“ verlangt.

Die Überlastung der Justiz und der Strafkammern ist eine Folge des viele Jahre andauernden, stetigen Personalabbaus. Der Richterbund hat bereits seit Jahren auf die Problematik hingewiesen; dies gab insbesondere den Anlass für die eindrucksvolle Demonstration der Richterinnen/Richter sowie Staatsanwältinnen/Staatsanwälten im Mai 2015 in der Landeshauptstadt Potsdam. Die auch aus unserer Sicht für die Bürgerinnen und Bürger unzumutbaren Verfahrenslaufzeiten beruhen auf den hohen Verfahrensbeständen, die daraus resultieren,

dass ausscheidende Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte jahrelang nicht ersetzt wurden. Die Landesregierung hat Raubbau an der Justiz betrieben. Dies rächt sich jetzt. Erst in diesem Jahr konnten in der ordentlichen Justiz und bei den Staatsanwaltschaften wieder nennenswerte Einstellungen von jungen Kolleginnen und Kollegen erfolgen. Es wird noch Jahre dauern, bis wir wieder „normale“ Zustände haben. Und das auch nur unter der Voraussetzung, dass wir auch in den nächsten Jahren weiter Personal einstellen dürfen.“

Claudia Cerreto